

Auf ein Wort vorweg: Hoffentlich wieder Normalbetrieb nach der Sommerpause

Liebe Genossinnen und Genossen,

Die letzte Stavo war hoffentlich die letzte, die unter Corona Bedingungen stattgefunden hat. Mit reduzierter Besetzung und Abstandsregelungen. Es war schon ein absurder Anblick.

Der große Saal im Darmstadtium mit vielleicht 60 Leuten besetzt. 41 Stadtverordnete und ein paar Gäste, Presse, Mitarbeiter*innen und Magistrat. Und es ging um viel; den Masterplan 2030, die Stadtwirtschaftsstrategie. Viele Anträge auch unserer Fraktion zur Linderung der Folgen von Corona.



Aber die Diskussionsfreude ist uns nicht abhanden gekommen. Mein Eindruck ist, dass wir mit vielen Initiativen besser und schneller sind als die Stadtregierung und da können wir ein bisschen stolz drauf sein. Deshalb möchte ich mich mit dieser Stavo-aktuell vor der Sommerpause ganz herzlich bei allen Fraktionskolleg*innen und unseren Magistratsmitgliedern für die tolle Zusammenarbeit bedanken. Gleichzeitig unterstützen uns viele aus der SPD-Darmstadt mit Ideen für parlamentarische Initiativen. Auch das ist wertvoll und wichtig. Und nicht zuletzt bedanke ich mich bei unseren beiden Mitarbeiter*innen, die ganz viel zuliefern, recherchieren und schreiben.

Viel Spaß beim Lesen wünscht Euch Euer

Michael Siebel
Fraktionssprecher



Löhne

Wertschätzung für wichtige Arbeit - Damit diejenigen, denen wir heute als systemrelevant applaudieren, auch morgen gut leben können

Von Anne Marquardt



Wir wollen faire Arbeitsbedingungen und Wertschätzung der Arbeit. Das gelingt nur, wenn wir anfangen, dort, wo wir Einfluss haben, diesen auch zu nutzen. Deshalb stellen wir den Antrag „Aus Corona lernen – Mehr Wertschätzung für wichtige Arbeit“, in dem wir deutlich machen, dass es uns nicht nur um die einmalige Anerkennung geht, sondern um langfristige Verbesserungen für die Beschäftigten in Darmstadt.

Wir wollen Erzieher*Innen besser bezahlen. Durch die Eingruppierung in die Tarifstufe 8b erhalten Erzieherinnen und Erzieher je nach Erfahrungsstufe bis zu 480 Euro mehr Gehalt pro Monat. Der TVÖD nennt als Voraussetzung für die Eingruppierung in die S8b „besonders schwierige Tätigkeiten“. Dazu zählt laut Tarif u.a. die Arbeit mit Integrationskindern, Kindern mit Erziehungsschwierigkeiten, Kindern mit körperlichen Einschränkungen. Bisher wird in Darmstadt die Tarifstufe 8b nur bei Sprachförderkräften angewendet. Die finanziellen Mittel dafür kommen aber aus dem Bundesprogramm „Sprach-Kita“ und nicht von der Stadt. Generell lässt sich feststellen, dass die Arbeit als ErzieherIn anspruchsvoller geworden ist. Die Erwartungen, was in der Krippe oder Kita alles geleistet werden soll, sind von allen Seiten gestiegen. Das muss sich auch im Gehalt zeigen. Deshalb die Forderung „Bezahlung der ErzieherInnen nach 8b“.

Wertschätzung von Arbeit bedeutet für uns auch einen städtischen Mindestlohn von 12 Euro und das Ende der sachgrundlosen Befristung in der Stadtverwaltung und bei den städtischen Gesellschaften. Es wurde heute schon gesagt und ich möchte an dieser Stelle nochmal ausdrücklich die



Stadtwirtschaftsstrategie loben. Denn dort wurde zumindest der Verzicht auf sachgrundlose Befristung bereits gefordert und heute beschlossen.

Wir haben als Politik die Möglichkeit Rahmenbedingungen für gute Arbeit zu schaffen. Und wer in Darmstadt bei der Stadtverwaltung oder einer städtischen Tochter arbeitet, muss davon auch gut leben können. Deshalb wollen wir die Einführung eines städtischen Mindestlohns und damit einhergehend die Abschaffung der Entgeltstufe 01. Eine angemessene Entlohnung ist auch eine Frage der Würdigung und Wertschätzung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Insbesondere Angestellte beim EAD würden von der Abschaffung der Entgeltstufe 01 profitieren. Denn hier sind aktuell die meisten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser Tarifstufe eingruppiert.

Ja, das stellt einen Eingriff in die Tarifaufonomie dar. Das war aber auch die Einführung des gesetzlichen Mindestlohns und dennoch haben die Gewerkschaften letztlich die Einführung unterstützt. Und natürlich ist es der Anspruch der Gewerkschaften, durch abgeschlossene Tarifverträge selbst für anständige Löhne zu sorgen. Wenn es, aus vielerlei Gründen, allerdings nicht gelingt die unteren Lohngruppen anzuheben, wollen wir als SPD nicht tatenlos zusehen, sondern selbst tätig werden.

Und denken wir mal ein wenig in die Zukunft: Ein Mindestlohn von 12 Euro verbessert nicht nur die Situation der Beschäftigten heute. Wenn wir wollen, dass unsere Beschäftigten nicht nur heute angemessen für ihre Arbeit bezahlt werden, sondern auch im Alter gut leben können, ist ein Mindestlohn von 12 Euro nötig. Denn ein Lohn von 12 Euro heute, bedeutet eine Rente oberhalb der Grundsicherung morgen.

Damit diejenigen, denen wir heute als systemrelevant applaudieren, auch morgen gut leben können, bitte ich um Zustimmung zu unserem Antrag.

Stadtwirtschaftsstrategie



Gemeinwohlorientierung muss vor Gewinnerorientierung stehen

Von Michael Siebel

Im Jahr 2007 hatte die Stadtverordnetenversammlung der Wissenschaftsstadt Darmstadt die Übertragung der Beteiligungen der Stadt auf die HEAG Holding übertragen. Dieser Umbau und die damit verbundene Professionalisierung der Stadtwirtschaft ist in diesen Jahren von Sozialdemokraten vorangetrieben worden. Sie mündete in der ersten Stadtwirtschaftsstrategie 2009 und deren Überarbeitung im Jahr 2015. „Die Stadtwirtschaftsstrategie schafft die Grundlage für eine solide leistungsfähige Stadtwirtschaft.“ So schrieb der Oberbürgermeister in seinem Vorwort zur Stadtwirtschaftsstrategie 2020. Mit der Stadtwirtschaftsstrategie 2025 entwickeln wir uns weiter.

Heute würden wir sagen, dass die Stadtwirtschaftsstrategie den Rahmen für eine soziale, nachhaltige und an der Schaffung guter Arbeit orientierte kommunale Wirtschaft ist. Wir drücken damit aus, was unser Verständnis von verantwortlicher Unternehmensführung ist.

Die SPD will, dass die Stadtwirtschaft in allen Bereich der Daseinsvorsorge tätig sein darf. Wir hätten gerne MEHR Stadtwirtschaft. Deshalb begrüßen wir es ausdrücklich, dass im Hinblick auf den gesetzlichen Rahmen in der HGO klare Worte gefunden wurden: „Für die Wissenschaftsstadt Darmstadt und die kommunalen Beteiligungen greift die aktuelle Definition der Daseinsvorsorge zu kurz. Die Beschränkungen der HGO führen darüber hinaus zu einer Benachteiligung der hessischen Kommunen gegenüber anderen Bundesländern.“



Ich würde mich freuen, wenn die CDU und auch die Grünen diese Botschaft an die Regierungsfractionen im Landesparlament tragen würden und wir dort endlich zu einer Änderung des § 121 der HGO kämen.

Es kommt eben auch darauf an, WIE eine Leistung erbracht wird. Eine soziale Stadtwirtschaft berücksichtigt die Vermeidung sachgrundloser Befristung und zahlt den Mindestlohn. Nach unseren Vorstellungen 12.-€.

Zu beiden Themen haben wir Formulierungen gefunden, die einen tragbaren Kompromiss darstellen.

Wir haben uns dafür eingesetzt, dass neben dem Umweltstandart und dem Personalstandart (Audit „Beruf und Familie“, Erfolgsfaktor Familie) auch der Sozialstandart geschärft wurde (seniorenfreundlicher Betrieb, Sozialmatrix).

Es gab aber auch Punkte, bei denen wir uns nicht durchsetzen konnten. So wollte die SPD 200 statt 100 Sozialwohnungen bauen lassen und wir hätten auch gerne gesehen, dass der Bauverein weniger ausschüttet und mehr baut und saniert.

Aber wie sagte die Unternehmerin Lena Meichsner: „Der Weg ist das Ziel. Die Strategie dazu ist der Scheibenwischer“.

Die Stadtwirtschaftsstrategie verschafft uns einen klaren Blick auf das, was wir in den kommenden Jahren zu besorgen haben und da möchte ich einige Anmerkungen für die Zukunft machen. Uns geht es um:



bezahlbaren Wohnraum zu schaffen und geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um eine weitere Mietexplosion zu vermeiden.



zukunftsfähige Mobilitätskonzepte zu entwickeln, z.B. mit einem attraktiveren ÖPNV, damit Pendler*innen schnell und zuverlässig zur Arbeit kommen.



neue Geschäftsfelder die durchaus auch zu mehr Einnahmen führen dürfen und können.



gute Arbeitsplätze vor Ort zu sichern und öffentliche Aufträge an tarifgebundene und mitbestimmte Unternehmen zu vergeben.

Zu dem letzten Punkt will ich ein paar vertiefende Bemerkungen machen:

Bis vor Corona hat der Arbeitsmarkt gebrummt und die Arbeitslosenquote war niedrig. Aber nicht jeder Arbeitsplatz ist auch ein guter Arbeitsplatz. Viele Beschäftigte arbeiten in Leiharbeit, Teilzeit oder Mini-Jobs. Viele Beschäftigte sorgen sich um ihre Existenz. Der Mindestlohn wird oft umgangen.

Dem Staat entgehen Milliarden an Steuern und Sozialabgaben dadurch, dass nicht alle Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben arbeiten. Der beste Schutz vor prekären Arbeitsverhältnissen sind Mitbestimmung und Tarifbindung, sie gilt es deshalb zu stärken!

Als Stadt und als Stadtwirtschaft wollen wir Vorbild sein und vorausgehen:

- Wir wollen die Wirtschaftsförderung so ausrichten, dass gute Arbeitsplätze mit Tarifverträgen sowie Betriebs- und Personalräten gesichert oder neu angesiedelt werden.
- In allen Aufsichtsgremien der Stadtwirtschaft sollen Arbeitnehmervertreter*innen in die Aufsichtsgremien mitwirken.
- Die Stadtwirtschaft soll ihrer Verantwortung als guter Arbeitgeber nachkommen und öffentliche Aufträge an Unternehmen mit Tarifbindung und Mitbestimmung vergeben.

- Aber gute Arbeit heißt auch, dass wir in besonderem Maß auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie achten. Da ist das Papier sehr gut aufgestellt und ich habe Hoffnung, dass wir hier auch in den nächsten Jahren weiter vorankommen.

Wir stehen zu den Unternehmen unserer Stadtwirtschaft. Es hat sich aber in den letzten Jahren gezeigt, dass es auch unterschiedliche Einschätzungen nicht nur in Einzelfragen, sondern in der grundsätzlichen Ausrichtung der Unternehmen gegeben hat. Die SPD hat über Jahre hinweg die Ausschüttungsstrategie bei der Bauverein AG in Frage gestellt und war bemüht, den sozialen Charakter des Unternehmens herauszustellen. Im letzten Jahr haben auch die Mehrheitsfraktionen im Rahmen der Wohnungsstrategie die Ausschüttungsstrategie geändert. In den nächsten Jahren verbleibt mehr Geld im Unternehmen, für Neubau von preiswerten Wohnungen, für Sanierungen für eine möglichst stabile Mietenpolitik.

Wir begrüßen die Einbeziehung der Sparkasse Darmstadt in die Stadtwirtschaftsstrategie. In dem neuen Geschäftsfeld „Strategie, Finanzen und Innovation“ können Unternehmen unterstützt werden.

Stets war es auch das Anliegen der Oberbürgermeister und Beteiligungsdezernenten, dass die Stadtwirtschaftsstrategie mit einer großen Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wird. Deshalb wurde die Stadtwirtschaftsstrategie in einem Lenkungskreis beraten, der ein Kompromisspapier vorgelegt hat, das der Magistrat beschlossen hat. Auch zu diesem Verfahren bekennen wir uns. Gerade weil die Stadtwirtschaft für unsere Stadt von so zentraler Bedeutung ist, lohnt es sich, um Positionen und Kompromisse zu ringen. Ich bedanke mich bei meinen Kolleg*innen der SPD Fraktion für ihr engagiertes Mitwirken im Lenkungskreis. Mein Dank gilt aber auch den beiden Koordinatoren des Prozesses Herrn Dr. Hoschek und Herr Prof. Ahrend und natürlich dem Magistrat und den Kolleg*innen der anderen Fraktionen.



Die Stadtwirtschaft dient der öffentlichen Daseinsvorsorge! Gemeinwohlorientierung muss vor Gewinnorientierung stehen. Stadtwirtschaft muss nach unserem Verständnis das soziale Gefüge in der Stadt stabilisieren und den Zielen des Klimaschutzes verpflichtet sein.

Deshalb wollen wir, dass die Stadtwirtschaft im Sinne einer gemeinwohlorientierten Ökonomie ein Wirtschaftsmodell für die Zukunft entwickelt. Das heißt, dass die Werte der Solidarität und Nachhaltigkeit, der Transparenz und die Mitentscheidung der Mitarbeiter*innen im Vordergrund stehen.

Vereine im Ungewissen: Schlechte Kommunikation, fehlende Transparenz, Haushaltssperren, ausstehende Zuschüsse, unklare Bedingungen

Von Tim Sackreuther



Die Initiative zur Förderung von Kultur und Sport, die vom Magistrat zur Unterstützung von Kulturschaffenden und Sportvereinen als Hilfen zur Bewältigung der Corona-Krise aufgelegt wurde, findet die Zustimmung der SPD. Allerdings gehen der Fraktion im Darmstädter Stadtparlament einige der Maßnahmen nicht weit genug.

So forderte die SPD schon zu Beginn der Krise einen vollständigen Verzicht auf die Haushaltssperre, die eine volle Auszahlung von Zuschüssen in diesen Bereichen seit Jahren verhindert. Die Magistratsvorlage zur Coronahilfe beinhaltet nur eine Reduzierung der Haushaltssperre. Grade in diesen Krisenzeiten seien z.B. Sportvereine auf besondere Unterstützung angewiesen, eine volle Zuschussauszahlung wäre deshalb nicht nur eine finanzielle Stütze, sondern auch ein wichtiges Zeichen an die Vereine gewesen, erklärte der Stadtverordnete Tim Sackreuther für die SPD-Fraktion in der Aussprache.

Die Stadt habe sich dagegen gegenüber den Zuschussempfängern in den letzten Monaten durch eine wankelmütige und unklare Kommunikation nicht als verlässlicher Partner gezeigt. Sackreuther verwies darauf, dass der Magistrat Mitte April eine volle Auszahlung der Zuschüsse in Aussicht gestellt hätte, während im Anschluss widersprüchliche Aussagen zur tatsächlichen Höhe der Bezuschussung getätigt wurden. Darüber hinaus sei ebenfalls Mitte April die Auszahlung der Betriebskostenzuschüsse für Vereine angekündigt worden, was laut Sackreuther immer noch nicht erfolgt sei. „Wir können verstehen, dass es Gründe für die ausstehenden Zuschusszahlungen gibt. Allerdings haben die Vereine es verdient, grade in dieser Krisenzeit offen und transparent über mögliche Probleme aufgeklärt zu werden“, so der sportpolitische Sprecher der Fraktion.

Bei der Antragsstellung für die Corona-Hilfen gebe es im Unterschied zu klaren Regelungen im Bereich Kultur Unklarheiten über die genauen Bedingungen für Sportvereine. Zudem erschwere die kurze Antragsfrist die Inanspruchnahme der Hilfen. Sackreuther bemängelte zudem zusätzliche Hürden bei der Antragsstellung im Sportbereich, die durch fehlende Formulare und unklare Erklärungen auf den Internetseiten des Sportamts entstünden.



„Es ist lobenswert, dass Kulturschaffende und Vereine in Darmstadt nicht gänzlich allein gelassen werden. Allerdings ist die Stadt mit ihrer Linie bei städtischen Zuschüssen und der mangelhaften Krisenkommunikation gerade den Sportvereinen gegenüber leider kein durchgehend verlässlicher Partner“, so Sackreuther im Rahmen der Aussprache.

Sportförderrichtlinien

Sportförderung: SPD sieht Probleme für Vereine mit eigenen Liegenschaften

Von Tim Sackreuther

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer Juni-Sitzung mit den Stimmen der SPD eine Neufassung der städtischen Sportförderrichtlinien beschlossen. Die SPD-Fraktion begrüßt, dass nach der bisher gültigen Fassung aus dem Jahr 2007 endlich eine Aktualisierung und Überarbeitung zur Ausgestaltung der Sportförderung gelungen ist, womit die grün-schwarze Koalition hier erstmals in ihrer Regierungszeit eine Anpassung vornimmt.



Als sportpolitischer Sprecher begrüßte Tim Sackreuther für die SPD-Fraktion insbesondere die deutliche Aufwertung der Kinder- und Jugendförderung bei der Bezuschussung von Sportvereinen. Daneben seien weitere kleine Verbesserungen und Anpassungen gelungen. So zum Beispiel die explizite Förderung von Integrations- und Inklusionsprojekten oder auch die Besserstellung von Eigenleistungen innerhalb der Vereine.

Im Bereich der Bezuschussung von Vereinen mit eigenen Liegenschaften und Sportstätten kritisierte Sackreuther die Neuregelungen jedoch als faktische Kürzung für Vereine, die in eigene Sportanlagen investieren wollen oder müssen. Während die bisherige Praxis eine pauschale Bezuschussung von 50% der Investitionskosten vorsah, will die Koalition von nun an nur noch „bis zu 45%“ zuschießen und diese Förderung im Falle einer Kooperation verschiedener Vereine auf „bis zu 55%“ aufstocken. Für die SPD führt die Neuregelung zu Unsicherheiten über konkrete Zuschusshöhen und erschwert Sportvereinen die Planung von Bau- oder Sanierungsmaßnahmen. Darüber hinaus bedeute die Abkehr vom bisherigen 50%-

Prinzip für alle Vereinsmaßnahmen, die ohne Kooperationen stattfinden, eine offensichtliche Kürzung der städtischen Förderung. Tim Sackreuther betonte, dass die SPD Anreize zu Vereinskooperationen ausdrücklich unterstütze. Man dürfe dabei aber keinesfalls Vereine bestrafen, denen Kooperationen aus unterschiedlichsten Gründen nicht möglich sind. „Ausgerechnet im Bereich der Investitionen, wo die Vereine in besonderem Maße auf Planungssicherheit und bestmögliche Unterstützung angewiesen sind, findet hier eine de-facto-Kürzung der Zuschüsse statt.“

Die SPD-Fraktion brachte daher einen Änderungsantrag ein, der die bisherige Zuschusshöhe für Investitionen von Sportvereinen erhalten und zusätzliche Anreize bei Vereinskooperationen bieten sollte. Eine maximale Förderhöhe von 55% sei dabei angemessen, die 50%-Investitionsförderung müsse aber weiterhin allen Vereinen mit eigenen Liegenschaften offenstehen, ohne Kooperationen zur Bedingung zu machen. Der Änderungsantrag der SPD wurde dabei von der Koalition gegen die Stimmen aller Oppositionsfraktionen abgelehnt.

Neben dem Streitpunkt Investitionsförderung stellte Sackreuther für die SPD zudem die Neuregelung der Betriebskostenzuschüsse infrage, da die Magistratsvorlage keine vollständige Transparenz über die Berechnungsgrundlage bietet. „Wir fordern hier nachdrücklich eine Klarstellung zur konkreten Ausgestaltung der Zuschussregelung im Sportausschuss und behalten uns eine Neubewertung vor“, erklärte Sackreuther. Sportdezernent Reißer hatte eine Präsentation des Berechnungsschlüssels zuvor in Aussicht gestellt. Eine Evaluation der neuen Regelungen wünscht Sackreuther sich auch bezüglich der Auflage eines Investitionskonzepts für Sportvereine, die mit mehr als 100.000 investieren. Dieses könnte durch den eingeforderten Umfang Vereine, die ohne hauptamtliche Strukturen arbeiten, vor organisatorische und planerische Probleme stellen und unnötige Hürden für Investitionen mit sich bringen.



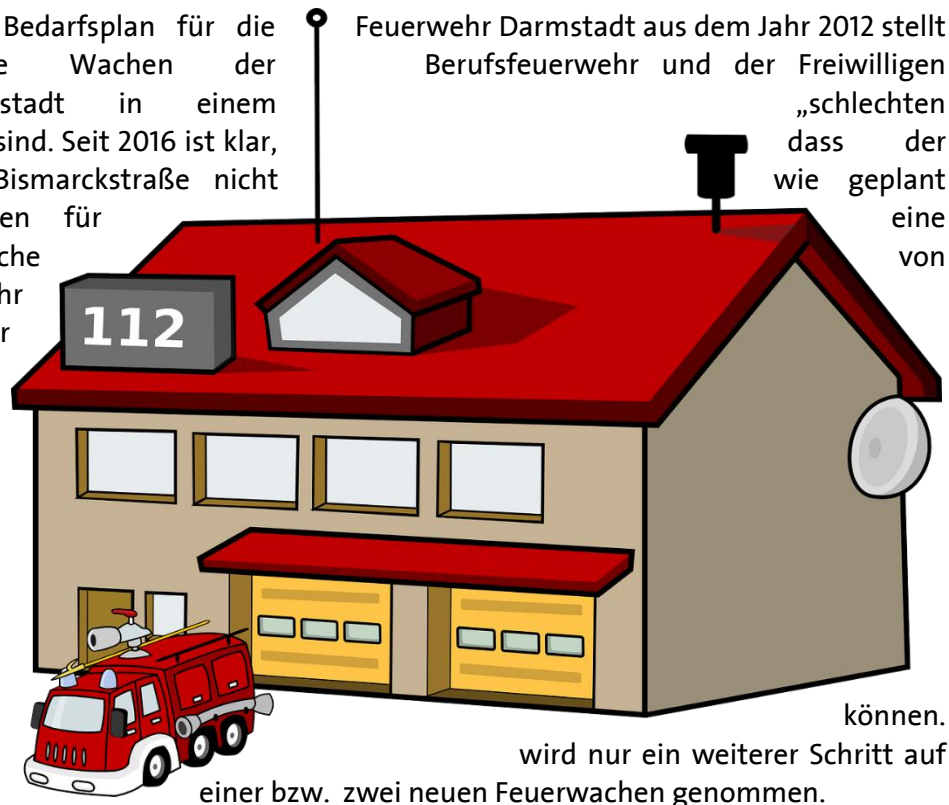
Die Zustimmung der SPD-Fraktion bedeutet insgesamt vor allem ein Bekenntnis zur Kinder- und Jugendförderung, die sich mit den neuen Richtlinien maßgeblich verbessert. Es sei nun die Aufgabe, die Ausgestaltung der neuen Sportförderrichtlinien in der Praxis aufmerksam und kritisch zu begleiten, so Sackreuther. Die SPD sehe sich dabei als Partnerin der Vereine und wolle weiterhin auf eine bessere Unterstützung für Vereine mit eigenen Liegenschaften hinarbeiten.

Unsere Feuerwehren brauchen die bestmöglichen Voraussetzungen

Von Anne Marquardt

Bereits der letzte Bedarfsplan für die fest, dass die Wachen der Feuerwehr Innenstadt in einem baulichen Zustand“ sind. Seit 2016 ist klar, heutige Standort Bismarckstraße nicht die Voraussetzungen für gemeinsame Wache Freiwilliger Feuerwehr und Berufsfeuerwehr erfüllt. Und dennoch hat es nochmal vier Jahre gedauert, bis wir heute eine Vorlage über die weitere Planung für die Feuerwehr in Darmstadt beschließen Und auch damit dem langen Weg zu

Feuerwehr Darmstadt aus dem Jahr 2012 stellt Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen „schlechten dass der wie geplant eine von



Die Entscheidung für ein Zwei-Wachen-Konzept ist aus unserer Sicht richtig. Darmstadt wird weiter an Einwohner*Innen wachsen und die Herausforderungen des Katastrophenschutzes damit zunehmen. In einer wachsenden Stadt ist es daher sinnvoll, die Berufsfeuerwehr an zwei Standorten unterzubringen. Nur so können Hilfsfristen auch in den nördlichen und südlichen Stadtteilen eingehalten werden. Für die nördliche Wache der Berufsfeuerwehr ist die Entscheidung bereits auf einen Standort an der Pfnorstraße gefallen. Hier kann der Raum- und Flächenbedarf für Feuerwehr und Leitstelle erfüllt werden. Wir sprechen nicht nur über ausreichend Fahrzeughallen, sondern genauso über notwendige Ausbildungs- und Sporträume für die Einsatzkräfte. Da an dieser wohl keine Bauleitplanung nötig ist, wie auch im Bauausschuss nochmal bestätigt wurde, kann die konkrete Planung direkt beginnen. Das ist auch dringend nötig, denn der Zustand der Wache in der Bismarckstraße wird nicht besser.

Anders sieht die Situation für die Wache Süd aus. Hier soll ein Masterplan-Verfahren helfen, einen geeigneten Standort zu finden. Klar ist momentan nur, dass der Standort im südlichen Teil Bessungs liegen soll. Ich vermisste aber eine Aussage, über welchen Zeitraum wir für dieses Verfahren sprechen. Liegen die Ergebnisse in wenigen Monaten oder doch eher in einigen Jahren vor? Vielleicht kann der Baudezernent oder der



Feuerwehrdezernent dazu heute nochmal eine konkrete Aussage machen. Denn die Entscheidung für einen Standort ist ja noch keine fertige Planung. Und eine fertige Planung ist noch lange keine fertig gestellte Feuerwache. Der Neubau der Feuerwehr in Arheilgen hat gezeigt, dass selbst die Fertigstellung eines solchen Baus durch ungeeignete Bodenbeläge oder nicht funktionierende Hallentore kurz vor Schluss noch verzögert werden kann.



Nicht nur die Berufsfeuerwehr auch die Freiwillige Feuerwehr Innenstadt wartet sehnsüchtig auf ein neues Gerätehaus. Das aktuelle Gerätehaus in der Bismarckstraße wurde in den letzten Jahren immer mal wieder geflickt, um es einigermaßen für den Betrieb aufrecht zu erhalten. Aber von einer modernen Feuerwache ist das meilenweit entfernt. Grundlegende Voraussetzungen wie eine funktionale Gerätehalle,

vernünftige Umkleideräume für Männer und Frauen und genügend Lagerflächen für Material werden hier nicht erfüllt. Es ist ganz klar, dass die Freiwillige Feuerwehr Innenstadt so schnell wie möglich ein neues Gerätehaus benötigt. Da der Vertrag mit dem Bauverein für den aktuellen Standort im Jahr 2024 endet, wäre auch eine kurzfristige Entscheidung gut. Ist geplant, den Mietvertrag am aktuellen Standort zu verlängern? Und wenn nein, was passiert stattdessen?

Eine gemeinsame Wache von Berufsfeuerwehr und FFI am neuen Standort Pfnorstraße - wie beispielsweise im Bauausschuss diskutiert - halte ich nicht für sinnvoll. Durch das Einzugsgebiet Innenstadt sind bei der FFI viele junge Berufstätige oder Studierende in der Einsatzabteilung aktiv. Der Weg zum Gerätehaus erfolgt im Alarmierungsfall oft mit dem Fahrrad oder sogar zu Fuß. Die Anfahrt bis ins Industriegebiet würde sich dadurch für die Aktiven deutlich verlängern. Auch wenn die Freiwillige Feuerwehr in der Regel zur Unterstützung der Berufsfeuerwehr oder zur Wachbesetzung der Berufsfeuerwehr alarmiert wird, sollten die Anfahrtsmöglichkeiten der Aktiven bei der weiteren Planung nicht vergessen werden. Das gilt auch für die Erreichbarkeit des neuen Standortes für Kinder und Jugendliche, die im Feuerwehrynachwuchs aktiv sind.



Wie wichtig die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren in einer Stadt mit Berufsfeuerwehr ist, haben die letzten Wochen gezeigt. Bei der Herrichtung des Klinikgeländes in Eberstadt waren die Kräfte der Freiwilligen Feuerwehren zum Materialtransport und Aufbau im Einsatz. Genauso aber zur personellen Unterstützung der Berufsfeuerwehr in den letzten Wochen. Denn ein Corona-Fall in der Berufsfeuerwehr hätte natürlich erhebliche Auswirkung auf das Personal gehabt. Daher haben von Mitte März bis Ende Mai die Freiwilligen Feuerwehren in Wixhausen, Arheilgen, der Innenstadt und Eberstadt jeweils eine Besatzung eines Fahrzeugs der Berufsfeuerwehr ersetzt. Die Ehrenamtlichen waren wochenweise von 7 bis 19 Uhr in ihren Gerätehäusern in Bereitschaft. Dazu kam natürlich die übliche Einsatzbereitschaft in der Nacht zur Unterstützung der Berufsfeuerwehr. Alles das wird von Menschen geleistet, die Familie haben; die berufstätig sind; und die ihre Freizeit für die Feuerwehr geben. Die Freiwilligen Feuerwehren sind enorm wichtig für den Katastrophenschutz in unserer Stadt und dafür sollten sie bestmögliche Voraussetzungen bekommen.



Bisher habe ich nur über die räumlichen Rahmenbedingungen gesprochen, auch bei der Fahrzeugausstattung wird in den kommenden Jahren einiges zu tun sein. Das älteste Fahrzeug im Dienst der Darmstädter Wehren ist ein SW 20 (also ein Schlauwagen mit 2000m Schlauch, wenn Sie es ganz genau wissen wollen). Dieses Fahrzeug der Freiwilligen Feuerwehr Innenstadt war 46 Jahre alt und ist leider vor wenigen Wochen kaputt gegangen. Aber auch bei den anderen Wehren sind Fahrzeuge teils seit mehreren Jahrzehnten im Dienst. Hier wird es darum gehen, in den kommenden Jahren für Ersatz zu sorgen. Der Feuerwehrbedarfsplan benennt insgesamt 21 Maßnahmen, welche Arten von Fahrzeugen in den kommenden Jahren für die Wehren in Darmstadt beschafft werden müssen. Die Bandbreite reicht von einer Drehleiter mit Korb bis zu neuen Stromaggregaten. Wobei klar sein muss, dass hier nicht die Stadt alleine aufkommen muss. Denn sowohl das Land Hessen als auch der Bund sind ebenfalls für die Finanzierung von Fahrzeugen des Katastrophenschutzes zuständig. Hier gilt es über die Abgeordneten in den jeweiligen Parlamenten die Kontakte nach Berlin und Wiesbaden zu nutzen, um bei zukünftigen Vergaben berücksichtigt zu werden.

Der Wald, die grünen Pläne zur Stadtentwicklung und die rote Abwehr

Von Oliver Lott

In den beiden Wochen vor der Stadtverordnetenversammlung hatte es massiven Protest aus der Bevölkerung zu Waldflächen gegeben, welche von der Regierungskoalition perspektivisch für Wohnbebauung vorgesehen waren. Aufgrund der massiven Proteste stellten CDU und Grüne in ihrem Maßgabeantrag zum Masterplan in Aussicht, die Flächen grundsätzlich nicht bis 2030 zu berühren. Sie änderten damit jedoch nicht den Masterplan.

„Die Flächen stehen weiterhin zur Diskussion, auch wenn der Zeitpunkt der Entwicklung nach hinten verschoben wurde“, kritisierte Oliver Lott, baupolitischer Sprecher der SPD-Fraktion. Dabei monierte er vor allem, dass Baudezernentin Barbara Boczek auch nach dem Eingang mehrerer tausend Unterschriften immer noch eine Waldrodung ab 2030 für möglich halte.

Dass die starke Rhetorik von Grünen und CDU, keinen Wald zu roden und der tatsächliche Inhalt ihres Maßgabeantrags, der nämlich eine Rodung ab 2030 für möglich erklärt, stark auseinandergehen, fiel auch vielen Bürgerinnen und Bürgern auf. „Deshalb wird die SPD-Fraktion sich des Themas weiter annehmen und dafür kämpfen, dass die Flächen komplett aus der Diskussion verschwinden“, erklärte Lott.



Wochenmarkt

Drinks und Snacks auf dem Markt - warum denn nicht gleich so?

Von Tobias Reis

Der Markt kommt ins Rollen! Doch reichen diese Rollen aus, um ihn tatsächlich dauerhaft in Bewegung zu halten? Diese Frage dominierte die Vorlage zur Änderung der Marktsatzung.



So ist es nun erlaubt, alkoholische Getränke sowie fertige Speisen anzubieten und zu verzehren. Und das sowohl für Beschicker, als auch für Schausteller. Dies stellt zunächst einmal eine sehr schöne Entwicklung dar. Die Frage bezüglich der Nachhaltigkeit bleibt davon jedoch unberührt bestehen.

Gleichwohl fragt die SPD Fraktion: Warum denn nicht gleich so?

So hat sich der SPD-Ortsverein Darmstadt genau mit dieser Fragestellung beschäftigt und im Jahr 2018 eine große Umfrage erstellt, an der rund 800 Bürger*innen teilnahmen und rund 380 wissenschaftlich auswertbare Daten entstanden.

Schon damals kam raus, dass das Anbieten von alkoholischen Getränken und das Verkosten von Speisen aus Sicht der Bürger*innen belebende Elemente darstellen, um auch auf dem Darmstädter Markt ein ihm angemessenes Flair zu etablieren.

In diesem Zusammenhang ist es von Seiten des CDU-geführten Dezernats etwas fadenscheinig, die Öffnung des Marktes nun auf Eigeninitiative zurück zu führen.



Damit der Markt noch mehr ins Rollen kommen und zu einem gesellschaftlichen Event mutieren kann, braucht es aber auch genügend Bürger*Innen, die daran teilhaben. Da jedoch der Markt um spätestens 17 Uhr seine Tore schließt, ist es für viele berufstätige Personen schwierig, daran zu partizipieren.



So regt die SPD-Fraktion weiterhin an, die Öffnungszeiten zu verschieben bzw. zu verlängern, so dass der Markt auch nach 17 Uhr zu einem beliebten Treffpunkt werden kann.

Deswegen plädieren wir dafür, Beschickern und Schaustellern dauerhaft das Anbieten von Speisen und Getränken zu gewährleisten, die Öffnungszeiten zu überdenken, damit die Rollen des Marktes so stark sind, dass auch etwaige Krisen bewältigt werden können.